



**Altersarmut  
zurückdrängen!**

**DIE LINKE.**

Fraktion im Sächsischen Landtag

Alle Menschen haben ein sorgenfreies Leben im Alter verdient. **Soziale Sicherheit bedeutet mehr als Nahrung oder Kleidung:** Sie bedeutet, am Leben teilhaben zu können, anstatt ins gesellschaftliche Abseits gedrängt zu werden. Immer mehr Menschen in Sachsen droht jedoch ein sorgenvoller »Ruhestand«, in dem sie sich bis zum Sterbebett täglich fragen müssen: **Reicht das Geld?**

Im Freistaat gibt es über eine Million Altersrentnerinnen und Altersrentner. Viele kommen schon heute nicht oder kaum über die Runden. Besserung ist nicht in Sicht: **Das Rentenniveau sinkt seit Jahren.** Lag es zu Zeiten der Kohl-Regierung noch bei durchschnittlich 53 Prozent des letzten Durchschnitts aller Arbeitseinkommen, soll es bis 2029 auf 43 Prozent sinken. Gegenwärtig liegt es schon bei nur noch 48 Prozent. Männer erhalten schon heute durchschnittlich nur noch eine Rente von 1.179 Euro, Frauen gar nur 891 Euro und damit ein Viertel weniger als die Männer. Die Zahl der Grundsicherungsbeziehenden hat sich seit 2003 fast verdoppelt. Auch Erwerbsminderungsrenten liegen in der Regel unter der Armutsgrenze. Rentenerhöhungen sind zwar erfreulich – die Lage von Altersarmen lindern sie aber kaum, und die Rentenbesteuerung setzt bei einer viel zu geringen Rentenhöhe an. Immer mehr Menschen sind gezwungen, im Alter zu arbeiten.

Vor allem Langzeitarbeitslose in Hartz IV-Bezug werden massenhaft mit Abschlägen zwangsverrentet. Insbesondere für sie ist Altersarmut vorprogrammiert. Doch auch **alle** anderen **leiden unter der Erhöhung des Renteneintrittsalters.**

Die Rentnerinnen und Rentner in Ostdeutschland traten 2014 durchschnittlich mit 63,6 Jahren in den Rentenbezug ein, vor allem aus gesundheitlichen Gründen. Sie müssen teils empfindliche Einbußen hinnehmen. Auch lückenhafte Erwerbsbiografien und geringe Löhne verschärfen die Altersarmut weiter.

**Was tun? Die gesetzliche Rentenversicherung stärken!** Schon oft wurde ihr Ende vorausgesagt, weil es wegen des demografischen Wandels zu wenige Beitragszahlerinnen und Beitragszahler gebe. Diese Argumentation ignoriert mindestens die Entwicklung der Produktivität: Aufgrund des technologischen Fortschritts können immer weniger Menschen in kürzerer Zeit größere Werte erarbeiten. Dennoch stimmt auch die CDU-geführte Staatsregierung das Loblied auf private Vorsorge an – wer sie sich nicht leisten könne, dem müsse eben die Grundsicherung reichen. Eine Altersvorsorge nach dem Kapitaldeckungsprinzip ist aber nur für Banken und Versicherungen eine Profitquelle.

Die Finanzierungsprobleme der gesetzlichen Rentenversicherung lassen sich lösen, ohne das Renteneintrittsalter zu erhöhen. **Es müssen einfach alle Einkommensbezieher\*innen einzahlen** – auch Freiberufler, Selbstständige, Abgeordnete oder Beamte. Wer mehr als 6.700 Euro (West) bzw. 6.150 Euro brutto im Monat (Ost) verdient, soll Rentenbeiträge auf das gesamte Einkommen entrichten, also nicht mehr durch eine »Beitragsbemessungsgrenze« geschont werden. Für Spitzenverdiener\*innen muss die Rentenhöhe gedeckelt werden. Außerdem müssen soziale Lebensleistungen wie Kindererziehung und Pflegetätigkeit stärker berücksichtigt werden.

So lässt sich die gesetzliche Rente retten und eine armutsfeste Mindestrente schaffen. Auch **die Renteneinheit muss endlich her:** Wir wollen den Rentenwert Ost schnell und stufenweise auf das West-Niveau erhöhen, die Mehrkosten aus Steuermitteln finanzieren. Ostdeutsche Einkommen sollen hochgewertet bleiben, solange sie systematisch niedriger sind als im Westen. Nicht zuletzt muss der Mindestlohn angehoben werden, damit er vor Altersarmut schützt.

*Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden,  
Telefon: 0351 493-5800, Fax: 0351 493-5460  
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann, Stand: Mai 2019  
linksfraktion@slt.sachsen.de  
www.linksfraktion-sachsen.de*